



Liebe Hattersheimerinnen
und Hattersheimer,

nach den Jahren der Pandemie kehrt wieder relative Normalität in unser Leben ein. Gleichzeitig entstehen neue Ängste und Unsicherheiten über unsere Zukunft. Die Menschen sorgen sich um die rasant steigende, teilweise galoppierende Inflation, die vorangetrieben wird durch den massiven Preisanstieg der Gas- und Energiekosten; sie müssen für alle bezahlbar bleiben!

Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, in der Gesellschaft näher zusammenzurücken. Eine Stadt wie Hattersheim lebt von gegenseitiger Rücksichtnahme und Respekt unter den Bürgerinnen und Bürgern, eben nicht nur zum Wohle der Besserverdienenden. Kinder, Jugendliche, Alleinstehende und Senioren verdienen mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung in unserer Stadt.

*Liebe Mitbürger*innen, Ihnen und Ihren Familien wünsche ich trotz der dunklen Wolken eine gemütliche und besinnliche Advents- und Weihnachtszeit. Es ist die schönste Zeit, um in sich zu kehren und die wichtigsten Menschen um sich herum zu haben. Bleiben Sie alle weiterhin stark und gesund. Möge Sie das neue Jahr 2023 mit Gesundheit und Glück verwöhnen. Alles Gute dazu!*

*Im Namen der SPD Hattersheim, Ihr
Selim Balcioglu*

Stadthalle kaum für Bürger*innen und Vereine nutzbar

Die Stadthalle war bereits zu Beginn ein finanzielles Mammutprojekt. Es wurden ursprünglich ca. 5,5 Mio. Euro eingeplant – verwendet werden letztendlich jedoch ca. 14 Mio. Euro. Ein finanzielles Desaster auf dem Rücken der Hattersheimer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Es war eines der wichtigsten Wahlversprechen des damaligen CDU-Kandidaten Klaus Schindling im Bürgermeisterwahlkampf 2016, die Stadthalle sanieren zu lassen und sie schnellstmöglich wieder der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollte erneut als Hauptveranstaltungsstätte für Hattersheimer Vereine dienen.

Im Bürgermeisterwahlkampf im Frühjahr dieses Jahres wurden nach langer Verzögerung tatsächlich die Türen geöffnet, allerdings ohne eine vorherige offizielle Eröffnung, da eine vollständige Abnahme durch die Kreisbaubehörde nicht stattgefunden hatte. So konnte Bürgermeister Klaus Schindling den Bürgerinnen und

Bürgern weißmachen, er habe sein Wahlversprechen von damals erfüllt. Was passierte allerdings anschließend? Nach dem Wahlsieg von Bürgermeister Schindling schlossen die Türen der Stadthalle und öffneten nur sporadisch nach Belieben des Bürgermeisters für vereinzelte Veranstaltungen, die sich nach Außen medienwirksam vermarkten ließen.

Trotz wiederholter Nachfrage beim Magistrat der Stadt, auch durch unsere SPD-Fraktion im Stadtparlament am 02.07.2022, erhielten wir lediglich unklare Aussagen. Erst in der Aussprache im Ausschuss Umwelt, Bauen und Verkehr im Oktober wurde durch Nachdruck in Erfahrung gebracht, dass eine vollständige Abnahme erfolgt sei, aber die „öffentliche“ Stadthalle für ein Jahr zu 80 Prozent nur durch gewerbliche Veranstaltungen genutzt werden dürfe – nun somit doch nicht „öffentlich“ zu sein scheint!

Wann dieses „eine Jahr“ beginnt konnte Bürgermeister Klaus

Schindling trotz mehrerer Rückfragen der SPD nicht genau beantworten. Ungewiss ist daher, ab wann Hattersheimer Vereine und Organisationen die Räumlichkeiten in der Stadthalle endlich nutzen dürfen – möglicherweise wird dies erst ab Mitte 2024 oder sogar noch später möglich sein. Der Zeitrahmen könnte letztlich auch davon abhängen, wann das Restaurant in der Stadthalle eröffnet. Fakt ist: es wurden öffentliche Gelder für die Stadthalle verwendet, demnach muss die Nutzung der Stadthalle der Öffentlichkeit dienen. „Gefährden wir hier möglicherweise die beanspruchten Fördergelder und müssen diese zurückerstatten?“ fragt sich der SPD-Vorsitzende Selim Balcioglu. „Nicht nur, dass es ein finanzielles Desaster darstellt – auch ein fehlendes Nutzungskonzept und die weiterhin bestehende Nichtnutzbarkeit der fertigen Stadthalle stellen für unsere Stadt eine Katastrophe dar“, so Balcioglu weiter.

[weiter auf Seite 2](#)

HATTERSHEIMER BÜRGERBRIEF

Fortsetzung von Seite 1

Das Sanierungsziel, die Stadthalle den Hattersheimer Vereinen wieder für zahlreiche Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, wurde krachend verfehlt. Das ist umso schmerzlicher, weil bald ca. 14 Millionen Euro in die Sanierung geflossen sein werden.

Anstatt das Stadthallenprojekt zu einem erfolgreichen Ergebnis zu führen, hat der Bürgermeister anscheinend das Interesse verloren und stattdessen ein neues, noch größeres Bauprojekt ins Auge gefasst: er möchte mit „The Dome“ eine Mega-Veranstaltungshalle für über 20.000 Besucher nach Hattersheim holen. Die nächste Katastrophe mit Ansage?

Prioritäten richtig setzen: Grundsteuer und U3-Beiträge senken!

Vieles ist teurer geworden – nicht zuletzt aufgrund gestiegener Mietpreise, Energiekosten und der steigenden Inflation. Umso wichtiger ist es, dass die Hattersheimer Bürger*innen jetzt finanziell entlastet werden, wo das in der kommunalen Zuständigkeit möglich ist. Eine Möglichkeit zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern wäre über die Senkung der Grundsteuer B. Diese Senkung könnte einen spürbaren Beitrag leisten, damit Hattersheimer*innen am Ende des Monats wieder mehr Geld im Portemonnaie haben. Von einer geringeren Grundsteuer profitierten nicht nur die Immobilienbesitzer*innen, sondern auch die Mieter*innen über die Mietnebenkosten. Die Stadt Hat-

tersheim ist mit ihren Einnahmen in der Lage, diese Art der Steuersenkung sofort an die Bürger*innen weiterzugeben. „Die Steuereinnahmen in der Stadt sprudeln und die Stadt könnte ruhig den Bürger*innen ein Stück vom Kuchen abgeben und die Hebesätze reduzieren“ – so der Stadtverordnete und frühere Bürgermeisterkandidat Mesut Cetin. Eine weitere Entlastung wäre über eine Absenkung der Elternbeiträge für Krippenplätze möglich.

Diese wäre ein deutliches Zeichen für die Familienfreundlichkeit der Stadt Hattersheim. Wir möchten, dass Familien bei der sozialen und kognitiven Entwicklung der Kinder unterstützt werden, indem die Zugänge zum frühkindlichen Bildungssystem noch weiter geöffnet werden. Aktuell zahlen Eltern bis zu 600 Euro für einen Krippenplatz – diese Kosten stehen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Weg.

Digitalisierung kommt kaum voran

In Hattersheim siedeln sich mehr und mehr Unternehmen der Digitalbranche an. Während Hattersheimer Unternehmen bei der Digitalisierung voran gehen, hängt die Stadtverwaltung weit hinterher. Nicht einmal die gesetzlichen digitalen Pflichtangebote sind bislang umgesetzt. Der Bundestag hat mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) genaue Vorgaben gemacht, welche Verwaltungsleistungen durch Kommunen bis Ende des Jahres 2022 auf elektronischem Weg über Verwaltungsportale angeboten werden müssen. Die Stadt Hattersheim hatte im August 2020 bereits 334 Dienstleistungen identifiziert, die

bis Ende 2022 digital umgesetzt werden müssen. Nun hat der Bürgermeister auf erneute Anfrage der SPD eingestehen müssen, dass von den 334 identifizierten Dienstleistungen erst 5 (in Worten: fünf!) digital angeboten werden. Das Fazit: die Hattersheimer Stadtverwaltung setzt die Pflichtanforderungen des Onlinezugangsgesetzes nicht innerhalb der vorgegebenen Frist um. Hattersheim hinkt bei der Digitalisierung weit hinterher. Unser Vorschlag: vielleicht könnte sich die Verwaltung ein Beispiel an den hier ansässigen Unternehmen nehmen und von diesen lernen wie es besser und schneller geht?



Nachhaltigkeit wird mittlerweile nicht nur bei ökologischen Fragestellungen betrachtet, sondern findet auch zunehmend Beachtung in wirtschaftlichen Fragen. Wenn wir also heute Schulden aufnehmen, so müssen wir uns auch ernsthaft damit beschäftigen, wer diese Schulden in welchem Zeitraum wieder zurückzahlt. Offensichtlich ist die jetzige Koalition in Hattersheim bereit, zukünftigen Generationen jeglichen Handlungsspielraum bei den Finanzen wegzunehmen. Haben wir noch im Haushalt 2019 lesen können, dass Ende 2022 der langfristige Schuldenstand bei 24,51 Mio. Euro liegen wird, so weist der aktuelle Haushalt nun einen tatsächlichen Schuldenstand von 37,68 Mio. Euro

aus. Eine politisch gewollte Fehlplanung von über 50 Prozent! Und lernt die Koalition daraus? Mitnichten! Ende 2023 werden wir in Hattersheim auf einem langfristigen Schuldenberg von 48,28 Mio. Euro blicken. Und bis Ende 2026 soll dieser langfristige Schuldenberg noch bis auf 84,55 Mio. Euro ansteigen. Von 2019 (20,86 Mio.) bis 2026 werden sich die langfristigen Verbindlichkeiten der Stadt mehr als vervierfacht haben. Für Entlastungen der Bürger, zum Beispiel bei der Grundsteuer oder den Kinderbetreuungsgebühren ist durch diese Haushaltsplanung auch in Zukunft kein Spielraum mehr. Man mag sich gar nicht ausrechnen, wo wir stehen werden, wenn diese Koalition noch länger regiert.

Park & Ride Parkplätze halbiert

Die Verkehrswende in Hattersheim lässt weiter auf sich warten. Dass sich beim Ausbau von Radwegen nichts bewegt und es weiter an Ladesäulen für Elektrofahrzeuge fehlt, ist nichts Neues. Jetzt geht die Entwicklung aber sogar rückwärts.

Ein wichtiger Baustein der Verkehrswende ist der ÖPNV. Dreh und Angelpunkt hierfür ist der Hattersheimer Bahnhof. Damit möglichst viele Menschen das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs nutzen können sind Park & Ride Parkplätze eine wichtige Voraussetzung. Auf dem Gelände am Bahnhofplatz, zwischen Rathausstraße und Lindenstraße, befinden sich derzeit 94 Park & Ride Parkplätze. Dieses Gelände wurde an einen Immobilieninvestor verkauft. Entstehen soll hier eine dichte Bebauung, bestehend aus Wohnen und Büros. Fragt

sich nur, wohin mit den Park & Ride Parkplätzen? Die Fraktion der SPD hat darauf gedrängt, mindestens die bisherige Anzahl öffentlich zugänglicher P & R Parkplätze zu erhalten. Dies wurde vom Bürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung auch mündlich zugesagt. Im Bebauungsplan ist jedoch nur noch von 50 Stellplätzen die Rede, die der Investor der Stadt überträgt. Die Zahl der Menschen, die in Hattersheim leben, ist stark gestiegen und wird dies auch in Zukunft tun. Dadurch steigt auch der Bedarf an P & R Parkplätzen. Hier wird die Verkehrswende von der CDU-geführten Koalition weiter ausgebremst. Das Interesse des Investors, der Mitglied der CDU-Fraktion ist, wird hier wohl über das öffentliche Interesse gestellt. Ein Schelm wer Böses dabei denkt.

HATTERSHEIMER BÜRGERBRIEF

Maindammsanierung – Schluss mit Blick auf den Main

Nach dem Hochwasser im Ahrtal werden die Deiche europaweit in den Blick genommen, auch in Hattersheim. Am 8. Juli 2022 informierten Vertreter des Regierungspräsidiums und der Stadt zum Thema Deichsanierung die rund 10 anwesenden Bürger*innen.

„Unser“ Deich, hessischer Radfernweg R 3 und Mitteleuropa-Route Eurovelo 4, soll ab 2024 erneuert werden. Eine breitere Deichkrone als bisher sei nicht geplant; allerdings solle der Deichweg zukünftig auf Fußgänger*innen begrenzt werden. Eine Verlängerung des bestehenden asphaltierten Fuß-/Radweges, der derzeit von Flörsheim aus am Mainufer bis zum Ardeigraben (Hattersheimer Gemarkungsgrenze) verläuft, sei jedoch nicht mehr geplant: „Dies stelle eine Erschließung des Mainufers dar und ziehe dessen Vermüllung und die Verschmutzung der landwirtschaftlich genutzten



Wiesen außerhalb des Deiches durch Hundekot nach sich“, so der Vertreter der Stadt. Radfahrer*innen sollen zukünftig ab hier auf einem nicht asphaltierten Weg **hinter** dem Damm fahren. Für Flussradwanderer wird die Strecke damit ihrer Attrak-

tivität beraubt - viele werden auf dem gut ausgebauten Radweg des Kreises Groß-Gerau bleiben. Düstere Aussichten, nicht nur für unsere Radler*innen, sondern auch für die gastronomischen Betriebe entlang des Mains im Main-Taunus-Kreis.

SPD verwundert über Neubesetzung des Ersten Stadtrats-Postens

Diese Nachricht sorgte auch bei der Hattersheimer SPD für Kopfschütteln: Trotz aller Beteuerungen im Bürgermeisterwahlkampf im Frühjahr bekommt Hattersheim jetzt doch wieder einen hauptamtliche Ersten Stadtrat bzw. Erste Stadträtin.

Zur Erinnerung: Hattersheim hatte seit dem Zusammenschluss von Eddersheim, Okriftel und Hattersheim in den 70er-Jahren immer einen hauptamtlichen Vertreter bzw. Vertreterin für den Bürgermeister. Darunter waren so erfolgreiche Hattersheimer Urgesteine wie der ehemalige Okrifteler Bürgermeister Konrad Treber (SPD), Hans Franssen (SPD) oder Karin Schnick (Bündnis 90 / Die Grünen). Nachdem die konservativen Parteien aus CDU, FWG und FDP die Kommunalwahl 2016 gewonnen hatten, wurde der seinerzeitige FWG-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Spengler zum hauptamtlichen Ersten Stadtrat gewählt. Von Bürgermeister Klaus Schindling (CDU) bekam der Vize-Rathauschef die Verantwortung für

den Kinder-, Jugend- und Sozialbereich übertragen. Die Bilanz von Karl-Heinz Spengler ist überschaubar. In der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten ist der FWG-Politiker kaum.

Bei der Kommunalwahl 2021 gewann die CDU erstmals in ihrer Geschichte die absolute Mehrheit, trotzdem blieb die Koalition aus CDU, FWG und FDP mit Blick auf die Bürgermeisterwahl bestehen. Allerdings entschied man sich nach der Wahl aus Kostengründen, die Stelle des Ersten Stadtrates zu streichen und der Stadt pro Jahr einen Betrag von deutlich über 100.000 Euro zu sparen. Die Koalitionäre nahmen diese Vereinbarung im Koalitionsvertrag auf und machten die Streichung medienwirksam publik. Nachdem Bürgermeister Klaus Schindling (CDU) die Bürgermeisterwahl im Frühsommer diesen Jahres gewann, folgte plötzlich die Kehrtwende: Bürgermeister Schindling benötigte jetzt nun doch massive Unterstützung im Rathaus und könne die Arbeit nicht allei-

ne bewältigen. „Offenbar war von Anfang an geplant, die Stelle neu und extern zu besetzen und den Koalitionsvertrag zu brechen“, ist SPD-Chef Selim Balcioglu sicher, „man wollte vor der Bürgermeisterwahl mit dieser Kosteneinsparung glänzen und den Eindruck vermitteln, als sei Bürgermeister Klaus Schindling jeder Herausforderung gewachsen. Karl-Heinz Spengler wird nun vor die Tür gesetzt und eine 2021 neu für diesen Posten in die Hattersheimer CDU eingetretene Nicht-Hattersheimerin als Kandidatin vorgeschoben.“

„Schade, dass die Konservativen um Bürgermeister Klaus Schindling nicht von Anfang an ehrlich gewesen sind.“ Für die SPD auch wichtig: Es müsse eine/n qualifizierte/n Bewerber/in geben. „Hoffentlich bekommen wir keine Erste Stadträtin deren einzige Qualifikation das CDU-Parteibuch ist“, erklärt Selim Balcioglu mit Blick auf die in der Presse geäußerten Spekulationen, dass vor allem das Parteibuch für den Posten entscheidend sei.

Haus der Künste

Es ist in Hattersheim fast schon traurige Tradition, dass Räume für die Musikschule und andere musische Kurse immer wieder neu gesucht werden müssen. Zum Teil sind sie in Gebäuden untergebracht, die gerade zufällig nicht voll genutzt werden und müssen nach einiger Zeit häufig wieder in andere Provisorien verlegt werden. Sie sind im Stadtgebiet verstreut und wechseln häufiger den Standort. Es ist nicht einfach herauszufinden, welche Angebote es hier aktuell in Hattersheim gibt. Für Interessierte ist es eine unübersichtliche Situation. Mit einem zentralen Gebäude, mit vielfältigen Angeboten der musischen Bildung für alle Altersklassen unter einem Dach, idealerweise auch mit einem Raum für kleinere Aufführungen oder Ausstellungen, ließe sich die Situation deutlich entspannen, meint Helena Neumann-Dreyling. Die SPD stellte deswegen bereits vor einem Jahr einen Antrag mit dem Ziel zu prüfen, wo in Hattersheim ein „Haus der Künste“ errichtet werden könnte. Leider wurde der Antrag von der regierenden Koalition abgelehnt. An der Problematik hat sich im Laufe des letzten Jahres nichts geändert, deshalb setzen wir uns weiter für diese Idee ein.

IMPRESSUM

Herausgegeben von der SPD Hattersheim
Selim Balcioglu (V.i.S.d.P.), Ortsvereinsvorsitzender
Untertorstraße 19-21,
65795 Hattersheim
www.spd-hattersheim.de

Redaktionelle Bearbeitung: Vorstand der SPD Hattersheim

Layout und Gestaltung: Moritz Löw

BILDNACHWEIS

Seite 1: I. Dr. Philipp Neuhaus
Seite 2: Pcss609 – stock.adobe.com
Seite 3: Birgid Oertel
Seite 4: Dr. Philipp Neuhaus
Wikipedia (gemeinfrei)

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Rechte an Bildern, Texten und Design bei der SPD Hattersheim, der SPD oder ihren Gliederungen.

DRUCKEREI

Flyeralarm GmbH
Alfred-Nobel-Str. 18
97080 Würzburg

HATTERSHEIMER BÜRGERBRIEF



Langjährige Treue zur SPD Hattersheim

Bei der Jahreshauptversammlung der Hattersheimer SPD wurden langjährige Mitglieder für ihre Treue zur SPD ausgezeichnet. SPD-Chef Selim Balcioglu (ganz rechts) und Alt-Bürgermeister Hans Franssen (hinten Mitte) ehrten vier Mitglieder (von links nach rechts): Wolfgang Jakobi (25 Jahre Mitgliedschaft), Erika Ripperger (65! Jahre Mitgliedschaft),

Heinz Ober (50 Jahre Mitgliedschaft) sowie Werner Thielsch (50 Jahre Mitgliedschaft). „Alle Mitglieder haben sich für unsere Partei und unseren Ortsverein sehr verdient gemacht“, erklärte Selim Balicoglu, „es soll niemand herausgehoben werden, aber die 65 Jahre Mitgliedschaft von Erika Ripperger sind sicherlich einzigartig und eine grandiose Treue!“

Kinderbetreuung: weiter großer Fachkräftemangel

In der kürzlich vom ersten Stadtrat Karl-Heinz Spengler (Freie Wähler) eingebrachten Fortschreibung des Kindertagesstättenentwicklungsplans heißt es zum Thema Fachkräftemangel im exakten Wortlaut:

„[...] Der anhaltende Fachkräftemangel hat weitreichende Auswirkungen auf mehreren Ebenen, insbesondere verminderte Bildungschancen von Kindern, Unzufriedenheit von Eltern und entsprechende Veränderungen in der pädagogischen Arbeit. Weitere Folgen sind eine mögliche Verminderung von Berufstätigkeit, die insbesondere Mütter betreffen, und zeitliche Rückstellungen bei der Aufnahme von Kindern mit Migrationshinter-

grund und Kindern mit Fluchterfahrungen, deren Eltern nicht berufstätig sind [...].“

Deutlicher als in diesem zitierten Abschnitt dargestellt geht es doch fast gar nicht mehr und trotzdem werden keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen um diesem Mangel wirkungsvoll entgegen zu wirken.

Ist ein Werbefilm (der sicherlich viel Geld gekostet hat) vielleicht einfach zu wenig? Ist die Stadt als Arbeitgeber noch attraktiv genug? Diese Frage liegt nahe. Feststellen lässt sich jedenfalls: Ein Konkurrenzkampf im Main-Taunus-Kreis ist längst entfacht.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Hattersheim mag auch ein Hindernis sein. Ein anderer wichtiger Faktor zur Gewinnung von Fachkräften sind die städtischen Investitionen in Ausbildung, um die Fachkräfte nach der absolvierten Ausbildung möglichst langfristig an eine städtische Einrichtung binden zu können. Da sind die Einrichtungen auf einem guten Weg und investieren in Ausbildung, sogar Stipendien werden angeboten. Warum aber nicht mehr Plätze, wenn wir doch händeringend Personal suchen?



Bismarckring – Ehrung eines Demokratieverächters

Während zahlreiche Städte und Gemeinden die Namen von Politikern aus finsternen Zeiten unserer Geschichte aus den Straßennamen tilgen und dabei auch Straßen und Wege umbenennen, die an Bismarck erinnern, gibt es jetzt einen „Bismarckring“ im Neubaugebiet an der Voltastraße. Diese mit einer Mehrheit aus den Koalitionsfraktionen CDU und FDP beschlossene Namensgebung ist nicht nur abstrus. Sie ist empörend. Otto von Bismarck, dem nunmehr von der Hattersheimer Koalition die Ehre eines Straßennamens zugedacht wird, war ein reaktionärer Verächter der parlamentarischen Demokratie. Er ist nicht nur für die Zerschlagung der Demokratiebewegung von 1848 verantwortlich, sondern auch für die Anzettelung eines allein aus Gründen der Machtpolitik

geführten Kriegs gegen Frankreich. In Zeiten, in denen autoritäres und demokratiefeindliches Denken immer mehr akzeptiert wird, in denen Russland einen völkerrechtswidrigen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine führt und in denen die Skepsis gegenüber Europa weit verbreitet ist, ist die Erinnerung an einen nationalistischen Machtpolitiker und erklärten Feind der Demokratie ein verheerendes Signal. Wir Sozialdemokraten verbinden mit dem Namen Bismarck zudem den Erlass des Sozialistengesetzes, das eine unerbittliche politische Unterdrückung und Verfolgung der Sozialdemokratie in Deutschland zur Folge hatte. Für uns Sozialdemokraten ist es deshalb vollkommen undenkbar und unannehmbar, eine solche Namensgebung zu akzeptieren.

Koalition lehnt kommunalen Wärmeplan ab

Keine Planungssicherheit für Hattersheimer*innen bei der Gebäudebeheizung: Preisexplosion bei den Heizkosten in Folge des Russland-Krieges führen zu einer starken Mehrbelastung der Menschen. Zusätzlich müssen die Heizungsanlagen von Erdgas und Erdöl umgestellt werden. Der Handlungsdruck steigt daher zunehmend. Bislang sind Gebäudebesitzer*innen in der Planung auf sich allein gestellt bei begrenzten Möglichkeiten. Um zum Beispiel die Abwärme der Rechenzentren in Hattersheim für die bestehenden Gebäude nutzbar zu machen, ist ein kommunaler Wärmeplan notwendig. Die SPD-Fraktion hat im Juni die Erstellung eines kommunalen

Wärmeplan beantragt. Neben den Möglichkeiten zur Nutzung von Abwärme, Geothermie und anderen erneuerbaren Wärmequellen, soll der Bedarf in den Haushalten betrachtet werden. Ziel ist ein Konzept zur Umstellung der Wärmeerzeugung in Hattersheim. Die Koalition hat den Antrag abgelehnt. Rückendeckung bekommt die SPD nun vom Landtag. Dieser hat im neuen hessischen Energiegesetz eine Pflicht für Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern beschlossen damit eine klimaneutrale Wärmeversorgung erarbeitet wird. Die Koalition hat kostbare Zeit verstreichen lassen. Die Bürger*innen bleiben so in Sachen Heizung weiter im Ungewissen.